

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger



Das Tagesblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Preis 1.00 M., 1. Viertel 0.25 M., 1. Monat 0.05 M., 1. Woche 0.01 M., 1. Tag 0.001 M. Die Abnahme ist bei den Verlegern zu bestellen. Die Anzeigen sind bei den Verlegern zu bestellen. Die Anzeigen sind bei den Verlegern zu bestellen.

Das Tagesblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Preis 1.00 M., 1. Viertel 0.25 M., 1. Monat 0.05 M., 1. Woche 0.01 M., 1. Tag 0.001 M. Die Abnahme ist bei den Verlegern zu bestellen. Die Anzeigen sind bei den Verlegern zu bestellen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Rüdha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa. Rotationsdruck und Verlag: E. G. Koberg (Inhaber Ernst Koberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Klegert, Frankenberg.

Nr. 114

Freitag den 16. Mai 1924 nachmittags

83. Jahrgang

Vor folgenschweren Entscheidungen.

Der Oberregierungsrat Dr. Weiß, der Leiter der politischen Polizei in Berlin, ist beurlaubt worden. Auf seine Anweisung hin ist die Durchsuchung der Räume der russischen Handelsvertretung von der Polizei vorgenommen worden, nachdem sich ein deutscher, wegen Hochverrats verdächtigter Kommunist in das Gebäude geflüchtet hatte. Ein Mitschuldiger ist nicht, wohl aber stellte sich heraus, daß das Gebäude der Handelsvertretung, ein Mietshaus, zur Ablagerungsräume beschlagnahmter kommunistischer Literatur mißbraucht worden war.

Von den Deutschen, nur in russischem Solde arbeitenden Kommunisten abgesehen, aller Parteiführungen wurde das Vorgehen der deutschen Regierung einmütig gebilligt. Nicht der geringste Tadel wurde laut angesichts des vorliegenden Sachverhalts, und man dürfte sich der Erwartung hingeben, die wegen der angeblichen Verletzung ihrer Immunität aufbegehrenden Moskauer würden nach dem nächsten Festsitzungsbericht klein beigeben. Selbst wenn sie die Handelsbeziehungen zu Deutschland völlig aufgegeben hätten, welchen sie sich doch ins eigene Fleisch geschnitten haben und hätten vermuthlich noch einiger Zeit den Schmollwinkel verhoffen. Jedenfalls stand für die Bolschewisten mehr auf dem Spiel als für Deutschland, denn deren Unzuverlässigkeit, dokumentiert durch den vom Jaan gebrochener Streit und den Eingriff in die deutsche Polizeihohheit, stellt ein warnendes Beispiel für andere Staaten, die mit Sowjetrußland Verbindung suchen.

Inzwischen entwickelte sich der Zwischenfall ganz anders, als man der Sachlage nach anzunehmen berechtigt war. Nicht nur, daß die Beurlaubung des Dr. Weiß erfolgte, auch das russische Amt sprach den Moskauer Herren sein Bewußtsein über die Verletzung von Vorrechten persönlich interlokaler Handelsvertreter aus, und kein Mitglied verlor sich beschwerdeleitend über den Mißbrauch der Exterritorialität, der offenbar durch die Begünstigung des flüchtigen Bogenhardt und Einschmuggelung verbotener Propagandaschriften vorgenommen war. Zu allem Ueberflus erheben wir, daß in der Zeit, wo Sowjetrußland bereits aggressiv gegen den deutschen Handel vorgegangen war mittels einer Reihe den Handelskrieg erklärenden Maßnahmen, eine deutsche Delegation sich mit Dr. Simon an der Spitze zur deutsch-russischen Verkehrskonferenz nach Moskau begeben hat. Es wäre doch wohl angebracht gewesen, die Delegierten zurückzuschicken, anstatt sie jetzt die zur Auslösung des Konflikts im Schatten des Sowjets spazieren gehen zu lassen, bis die inzwischen aufgeschobene Konferenz ihre Tätigkeit beginnen darf.

So müssen diese fallgefallenen deutschen Unterhändler das Gefühl moskowscher Protestverjammungen mit anhören sowie die von Trotzki, Litwinow, Krasin und Tschitscherin zum Westen gegebenen Drohreden, während andere Demonstrationen die deutsche Volkshohheit mit ihrem Besuche beschnitten wollten, aber durch Abperrungen daran gehindert werden konnten.

Der deutsche Volkshohheit Graf Kanhan hat längere Unterhaltungen mit dem Außenminister Litwinow gehabt, der angeblich folgende Forderungen aufgestellt hat: 1. eine den Formen der internationalen Bedürfnisse entsprechende Entscheidung wegen der Handlungen der Berliner Polizei, 2. die Bestätigung der im Abkommen von 1921 festgesetzten Exterritorialität der Handelsvertretung (7) als Garantie gegen eine Wiederholung des Zwischenfalls vom 3. Mai, 3. die Bestrafung der Initiatoren und der Leiter der Hausdurchsuchung und die Wiedergutmachung des durch die Polizei angerichteten Schadens. Die Russen gehen aufs Ganze, wie man sieht, und spielen sich als Unschuldsdammer auf, obwohl das ganze Berliner Kummel nicht entstanden wäre, wenn sie nicht als Wölfe vorgegangen wären. Noch wissen wir nicht, wie sich das Kabinett Marx zu den russischen Forderungen verhalten wird. Aber die bisherige Nachgiebigkeit der Regierung läßt nichts Gutes erwarten. Vielleicht erklärt sie, die bisherige Forderung „Sühne“ für annehmbar und den Fall damit für erledigt. Das wäre eine Lösung, die zwar nicht befriedigt, aber Schimmeres verhält.

Die deutsche Außenpolitik hat in letzter Zeit leider von vertriebenen Seiten her in Verdachtungen erfahren müssen, und wir wollen es auf sich beruhen lassen, ob der Vorwurf der Unentschiedenheit — um schärfere Verfügungen zu unterdrücken — zu Recht erhoben wurde. Bei dem russisch-deutschen Konflikt sind wir jedoch an einem Punkte angelangt, wo Harde zu bekennen nötig ist. Es geht nicht nur darum, ob Nationalbewußtsein oder Händlergeist die Oberhand gewinnen soll. Zweifellos wird bei dem Streit das deutsche Handelsinteresse in Mitleidenschaft gezogen, doch nicht so, daß es sich an den Wunden verbluten könnte, denn Deutschland ist wirtschaftlich einzuweisen noch immer stärker als das perillitete Sowjetrußland und wird das zu seiner Genährung erforderliche Getreide lieber direkt aus Amerika als jetzt über den heimlichen Umweg über Rußland beziehen. Aber eine Niederlage gegenüber den Bolschewisten wäre innerpolitisch verhängnisvoll und würde von den deutschen Kommunisten als einen Sieg ihrer Partei über alle

anderen Parteien ausgeführt werden. Wie wiederum Litwinow Mookaus hätte sich beflissen, mit russischer Unterstützung einen Bogenhardt der Staatsgewalt entreißt zu haben und würde den Notau der deutschen Regierung als unerträgliches Agitationsstoff weitertragen. Sind wir wirklich so entkräftet auf den Standpunkt der Untertänigkeit herabgesunken? Wir wollen hoffen, daß die Grenze der deutschen Geduld erreicht ist und der Ruf „Bogenhart, werde hart!“ nicht erhoben zu werden braucht. M. C.

„Irrtümer“ bei den französischen Wahlen.

Die endgültigen Resultate der französischen Wahlen stehen immer noch nicht fest. In ganz Frankreich werden augenblicklich die amtlichen Nachprüfungen der Wahlergebnisse vorgenommen, da im ersten Abschnitt an Stelle des Abgeordneten Binder vom Bloc national ein Kommunist Baranton gewählt ist, dem ursprünglich 6000 Stimmen zu wenig angerechnet wurden. Aus dem vierten Pariser Wahlkreis werden noch einige Änderungen gemeldet. Ferner ist im Departement Nord das endgültige Wahlergebnis immer noch nicht errechnet worden. Zum zweiten Male wurde dort territorialerweise Bauvillain als Abgeordneter bezeichnet, obwohl sich jetzt herausgestellt hat, daß er tatsächlich nicht gewählt wurde. Sonderbarerweise hat dieser Herr bei den Wahlen im Jahre 1919 dasselbe Schicksal erlitten. Der Kommunist Doriot sieht immer noch im Gefängnis. Die kommende Kammer wird darüber zu entscheiden haben, ob seine Freilassung erfolgen soll, oder nicht.

Die Sozialisten am Scheideweg.

Alle Wahrscheinlichkeit nach wird sich, wie Deuretschreibt, die Lösung der Ministerkrise folgendermaßen abspielen: Millerand werde Herriot ins Ellysée berufen und ihm vorschlagen, die Kabinettabildung zu übernehmen. Würde Millerand Bedingungen stellen, dann würde Herriot wahrscheinlich zugewilligt sein, seine Mitwirkung zu versagen. Würden keine Bedingungen gestellt, dann würde er sich an die Sozialisten wenden und ihre Mitwirkung fordern. Spräche sich der für den 1. Juni einberufene Kongress der Sozialisten für die Beteiligung an der Regierung aus, dann werde das Kartell der Linken tatsächlich die Regierung übernehmen. Spräche er sich dagegen aus, dann werde der mit der Regierungsbildung beauftragte Politiker andere Unterstützung suchen müssen. Würde Herriot aus irgendwelchen Gründen die Kabinettabildung nicht annehmen, dann werde sich Millerand wahrscheinlich an Briand wenden.

Von Blum erklärt im Populaire, daß er auf dem sozialistischen Kongress in Paris am 1. und 2. Juni die bereits in Marseille von ihm vertretenen Thesen wieder aufnehmen werde, daß erstens die französischen Sozialisten hinsichtlich der Mitwirkung bei der Regierung sich nicht unter den von der Resolution von Amsterdam vorgezeichneten außergewöhnlichen Umständen befinden, daß zweitens die Mitwirkung sowohl für die Radikalen als auch für die Sozialisten die gefährlichsten Schwierigkeiten herbeiführen würde und daß drittens die Unterstützung, die die Sozialisten entsprechend der Resolution von Marseille jeder Regierung, die entschlossen sei, aufrichtig demokratische Reformen durchzuführen, zu leisten bereit seien, sicher, stetig und wirksam von außen her als in der Regierung selbst erfolgen könnte. Nach der von Kowalewischen im Gegensatz zu Blum die sozialistischen Abgeordneten Renaudel, Paul Boncourt und Baranne auf dem Standpunkt, daß man sich an der Regierung beteiligen solle.

Nur ein Personal, kein Systemwechsel in Frankreich.

Der Panarismus bleibt. Genf, 15. 5. Wie der „Temps“ meldet, ist in der Besprechung zwischen Poincaré und dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Barillon, festgestellt worden, daß das Expertenurteil auch in der neuen französischen Kammer von 80 Prozent der Deputierten unterschrieben werde. Infolgedessen bedeute ein Regierungswechsel keine Änderung der Einigungnahme Frankreichs in der Reparationskommission. Dem „Matin“ zufolge habe Barillon die Absicht, das Expertenurteil unter allen Umständen am 1. Juli in Kraft treten zu lassen und bis dahin die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Deutsche Worte in der französischen Kammer.

Beim Zusammentritt der neuen französischen Abgeordnetenkammer im Juni wird die deutsche Sprache offiziell zugelassen werden. Der neue kommunistische Abgeordnete aus dem Elsch, Guizer, beabsichtigt, seine erste Rede in der deutschen Sprache zu halten. Guizer, der wahrscheinlich nur von einer geringen Anzahl seiner Kollegen in der Kammer verstanden werden wird, behauptet, die deutsche Sprache wäre die einzige, die er gründlich kenne, und er sei nicht imstande, an einer Debatte in französischer Sprache teilzunehmen.

Eingreifen der Franzosen in den Ruhrstreik?

Die Besatzungsbehörde in Essen hat die Führer der Bergarbeiterverbände, soweit sie in Essen ihren Sitz haben, zu einer Besprechung eingeladen. In dieser Unterredung machte die Besatzungsbehörde die Gewerkschaftsführer für die Aufrechterhaltung der Kohlereiherbe auf bestimmten Bechen, von denen die Gaderversorgung von Essen abhängig ist, verantwortlich. Insbesondere handelt es sich darum, Störungen lebenswichtiger Betriebe, wie Krankenanstalten usw., durch Gadmangel zu verhüten. Die Verbandvertreter wiesen darauf hin, daß sie für Mißstände, die aus dem Vorgehen kommunistisch-unionsistischer Elemente entstehen könnten, keine Verantwortung übernehmen können.

Weitere Betriebseinschränkungen im Bochumer Bezirk.

Nach Mitteilung der Betriebsleitung des Bochumer Bergwerks macht sich der Kohlmangel infolge der fehlenden Kohlenzufuhren im Westfahlstift, Sölkten die Kohlenzufuhren nicht spätestens bis Anfang nächster Woche aufgenommen sein, so ist mit völliger Stilllegung zu rechnen. Selbst wenn dann die Kohlenlieferungen wieder einsehen sollten, würden gebacht werden können. Im Dortmunder Bezirk sind von den 7000 Arbeitern des Eisen- und Stahlwerkes Hoehs infolge der Betriebseinschränkungen 4000 Arbeiter erwerbslos geworden. Bei der Dortmunder Union sind aus dem gleichen Grunde zwei Hochöfen abgeblasen worden. 5000 Arbeiter wurden beurlaubt. Bei den weiterverarbeitenden Industriebetrieben im Dortmunder Bezirk wurden für die nächste Woche Beurlaubungen und Festschichten angeordnet. Im Gelsenkirchener Bezirk wurden drei Hochöfen bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. abgeblasen. Bei der Gutehoffnungshütte in Oberhausen sind 17000 Arbeiter der Gewerkschaften überwiegen worden.

v. Keller beim belgischen Ministerpräsidenten.

Am Mittwoch nachmittag hat der deutsche Gesandte in Brüssel, Herr v. Keller, dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis einen Besuch abgestattet. Ueber die Unterredung wird aus Paris gemeldet, Herr v. Keller habe dem belgischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, in der Frage des Sachverständigen-Berichtes mache sich gegenwärtig in Deutschland ein günstiger Umschwung bemerkbar. Die Erklärungen der deutschen Minister und insbesondere diejenige des Reichsfinanziers Dr. Marx seien auschlaggebend. Die Reichstagswahlen hätten seine Haltung nicht geändert. Wenn Deutschland die Verpflichtungen auf sich nähme, die ihm durch den Sachverständigen-Bericht diktiert wurden, so verlange Deutschland andererseits, daß ihm die Rechte wiedergegeben werden, die ihm durch den gleichen Sachverständigen-Bericht zugesprochen wurden, nämlich die fiskalische und die verwaltungsrechtliche Hohheit des Reiches. — Dies nach dem Deutens der Inhalt der Unterredung, die dazu bestimmt gewesen sei, Belgien über die Befürchtungen, die die deutschen Wahlen in Brüssel hätten aufkommen lassen (1), zu beruhigen.

Eine unruhige Nacht in Halle.

Halle, 15. 5. In der vergangenen Nacht kam es an mehreren Stellen zu Zusammenrottungen, die in Schlägereien ausarteten. Dabei wurden mehrere Personen weniger leicht und schwer verletzt. In einem Halle wurden 48 Personen festgenommen. In der Nacht vom 14. Mai wurde das Arbeiterkommando nach dem Wehrweg getrieben. Hier waren mehrere Personen, die sich auf dem Heimwege von dem Feudepark befanden, von mehreren Deuten überfallen worden. Zwei Personen wurden hierbei verletzt, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. 6 Personen wurden festgenommen.

Noch eine kommunistische Gemeinheit.

Brandorf b. Halle, 15. 5. Der Ortsbürger Junke hat anlässlich der Volkshohheitsfeier mehrere Werwolf-Tameraden zur Einquartierung erhalten. Als am Morgen des 11. Mai drei Kameraden das Gehöft verlassen hatten, wurden sie von einer kommunistischen Bande von etwa 300 Mann verfolgt. Die drei Leute flüchteten wieder in das Gehöft zurück, wofür ihnen auch die Kommunisten folgten. Etwa 50 Mann verschafften sich durch Mühseligen Eingang in das Gehöft und fielen über zwei der Werwölfe her und schlugen sie mit Knäpeln nieder. Zwei Kameraden flüchteten, nachdem der eine schwer verletzt worden war, in die Wohnung ihres Quartiergebers. Der Dritte blieb bewußtlos auf dem Hofe liegen und wurde von der Horde ausgeplündert und ausgetaubt.

Fischer kommunistischer Heberfall in Berlin.

Am Mittwoch morgen kamen am Anhalter Bahnhof in Berlin 4 Kommunisten einem zur Arbeit gehenden Nationalsozialisten, der Mitglied des Nationalsozialisten Kameradschaftsbundes Groß-Berlin ist, auf und fielen mit Dolchwekern und Gummiknütteln über ihn her, ohne vorher irgendein Wort mit dem Heberfallenen gewechselt zu haben. Nachdem sie ihn zu Boden geschlagen und verletzt hatten, ergrißen die Kommunisten die Flucht und entkamen unerkannt.